

In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
an den 21. Parteitag am 3./4. Dezember 2007 in Hannover

1 **In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21.** 2 **Jahrhundert**

3 **I. Standort Deutschland – Was macht uns aus?**

4 Deutschland ist ein freies Land im Herzen Europas. Wir sind von
5 Freunden und Partnern umgeben. Deutschland wird Vertrauen
6 entgegen gebracht. Unser Land steht für Innovation, Stabilität und
7 Aufstieg. Deutschland ist Heimat für mehr als 80 Millionen
8 Menschen und Standort für über tausend börsennotierte
9 Unternehmen.

10 Wir Deutschen leben in einem demokratischen Rechtsstaat und wir
11 haben uns die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft gegeben.
12 Damit verbinden wir, dass jeder vor dem Gesetz gleich ist und jeder
13 die gleichen Chancen auf Teilhabe und Wohlstand haben soll.

14 Deutschland ist ein neugieriges Land. Wir sind wissenshungrig und
15 innovationsfreudig. Lebenslanges Lernen und die Nutzung von
16 Erfahrung für die Zukunft sind die Wesenszüge der
17 Wissensgesellschaft.

18 Deutschland ist eine Exportnation. Wir profitieren von der
19 Erweiterung der Europäischen Union und den neuen globalen
20 Märkten. Unsere Erfindungen, Waren und Dienstleistungen werden
21 weltweit nachgefragt. Wir leben wie kaum ein anderes Land vom
22 freien Zugang zu anderen Märkten, von freien Finanzströmen und
23 von der Konkurrenz um Erfindungen und Innovationen.

24 Wir sind deutsche Europäer und europäische Deutsche. Die
25 Grenzen unseres Landes sind Pforten zu unseren Nachbarn. Wir
26 wissen, dass ein wirtschaftlich starkes Deutschland Voraussetzung

27 für ein starkes Europa ist und dass dies umgekehrt genauso gilt.
28 Wir verstehen uns als Motor der europäischen Einigung, Garanten
29 der Währungs- und Haushaltsstabilität und Partner des friedvollen
30 Zusammenlebens innerhalb und außerhalb Europas.

31 Deutschland ist unser Vaterland, unsere Heimat und Ansporn für
32 unser Handeln.

33 **II. Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft als globaler** 34 **Ordnungsrahmen**

35 Die Globalisierung ist kein neues Ereignis, aber die mit ihr
36 verbundenen Veränderungen sind im Alltag der Menschen wie in
37 der Politik und im Wirtschaftsleben immer öfter direkt spürbar und
38 werden schneller sichtbar:

- 39 – Wir alle nehmen über globale Medienneetze innerhalb kürzester
40 Zeit Anteil an Ereignissen an entfernten Orten, wir verbreitern
41 unser kulturelles Interesse und verändern unsere
42 Reisegewohnheiten.
- 43 – Staaten wie Brasilien, China und Indien rücken zu den
44 wichtigsten Wirtschaftsmächten der Welt auf.
- 45 – Abgeschottete Märkte öffnen sich mehr und mehr, während
46 offene Märkte wie Deutschland bereits heute an mehr Vielfalt,
47 mehr Wettbewerb und auch mehr Chancen teilhaben.
- 48 – Jeder Dritte Beschäftigte in Deutschland hat heute deshalb
49 einen Arbeitsplatz, weil wir die Chancen der Globalisierung
50 nutzen und unsere Produkte ins Ausland exportieren können.
51 Offene Märkte sind für uns von zentraler Bedeutung.
- 52 – Weltweit gibt es aber auch Ängste. Viele Menschen betrachten
53 die Globalisierung eher als Synonym für Lohnkürzungen, Verlust
54 von Arbeitsplätzen und den Abbau sozialer Standards.

55 Dies alles müssen die Entscheider in Politik und Wirtschaft
56 berücksichtigen.

57 Wir wollen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch im
58 globalen Ordnungsrahmen verankern. Damit verbinden wir die
59 Selbstverpflichtung, unserer christlichen Verantwortung für die
60 bedrohte Schöpfung und sozialen Mindeststandards in der Welt
61 nachzukommen. Wir wissen, dass eine Freiheit ohne Ordnung zu
62 Unfreiheit und zu Ungerechtigkeit führt. Wir wissen ebenso, dass
63 Freiheit und Verantwortung zusammengehören. Dieser Erkenntnis
64 wollen wir weltweit Geltung verschaffen.

65 Deutschland hat großartige Erfahrungen mit der europäischen
66 Einigung gemacht. Die CDU will gemeinsam mit den Bürgerinnen
67 und Bürgern und mit den Unternehmern auch die Chancen der
68 Globalisierung nutzen. Dabei wissen wir: Grenzenloser Handel
69 bedeutet nicht regelloser Handel. Wir wollen einen weltweiten
70 Wettbewerb, in dem Freiheit und Fairness gleichermaßen
71 gewährleistet sind. Dabei setzen wir auf die Integrationskraft der
72 Sozialen Marktwirtschaft, dem notwendigen Ausgleich zwischen
73 den Interessen des Marktes und der sozialen Verantwortung.

74 **III. Strategische Standortpolitik - Freiheit und Sicherheit** 75 **gewährleisten**

76 Die CDU steht für eine strategische Standortpolitik mit dem Ziel, die
77 Zukunftsfähigkeit Deutschlands in Europa und der Welt zu
78 gewährleisten. Wir wollen den Menschen in unserem Land auch im
79 Zeitalter der Globalisierung die Freiheit zur Entfaltung garantieren.
80 Gleichzeitig wollen wir die Sicherheit der Menschen in einem
81 umfassenden Sinne gewährleisten. Dadurch können wir den
82 Menschen Chancengerechtigkeit bieten. Dafür müssen wir unsere
83 nationalen Interessen definieren, daraus strategische

84 Handlungsfelder ableiten und uns für deren Durchsetzung auf
85 europäischer bzw. globaler Ebene stark machen:

86 **III. 1 Für den Schutz des geistigen Eigentums**

87 Erfindungen sind der Ausweis der Kreativität der Einzelnen, aber
88 auch einer Volkswirtschaft. Geistiges Eigentum (Patente, Marken
89 und Urheberrechte) werden in unserem Land wie in vielen anderen
90 Ländern geschützt. Das ist notwendig, damit sich der Einsatz für
91 Forschung und Entwicklung rentiert und Wettbewerber nicht
92 einfach durch Produktpiraterie Vorteile erlangen können.

93 Verletzungen geistigen Eigentums spielen mittlerweile im
94 internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr eine große
95 Rolle, der internationale Handel mit gefälschten Produkten hat in
96 den letzten Jahren drastische Ausmaße angenommen. Der Schutz
97 von Patenten, Marken und Urheberrechten wird in vielen Fällen grob
98 missachtet. Der daraus resultierende wirtschaftliche Schaden wird
99 allein für unser Land auf ca. 25 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt,
100 weltweit sind es rund 200 Milliarden US-Dollar.

101 Erforderlich ist deshalb die wirksamere Durchsetzung bestehender
102 Regeln zum Schutze geistigen Eigentums, zum Schutze von
103 Patenten und Markenrechten. Insbesondere durch einen
104 intensivierten Dialog mit den Schwellen- und Entwicklungsländern,
105 wie er auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm initiiert wurde, kann die
106 flächendeckende Kontrolle und Durchsetzung entsprechender
107 Regeln verbessert werden.

108 Darüber hinaus machen wir uns im Rahmen der internationalen
109 Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) für eine
110 wirksame Durchsetzung international verpflichtender
111 Vereinbarungen stark.

112 **III. 2 Investitionsstandort Deutschland – Deutsche Interessen**
113 **definieren**

114 Deutschland und seine Wirtschaft sind eng in die Weltwirtschaft
115 integriert. Deutsche Unternehmen vom Mittelständler bis zum DAX-
116 Konzern haben in den vergangenen Jahren erfolgreich die Chancen
117 der ökonomischen Globalisierung genutzt und durch Investitionen
118 im Ausland neue Absatzmärkte für ihre Produkte und
119 Dienstleistungen erschlossen. Der Bestand der deutschen
120 Direktinvestitionen im Ausland betrug laut Deutscher Bundesbank
121 Ende 2005 über 785 Milliarden Euro. Diese Investitionssumme ist
122 zum einen das Ergebnis eigener Anstrengungen und zum anderen
123 ist sie Ausdruck der Offenheit und des Vertrauens anderer Länder
124 gegenüber deutschen Investoren. So sind deutsche Unternehmen
125 auch an ausländischen Staatsunternehmen beteiligt und deutsche
126 Staatsunternehmen an ausländischen Unternehmen. Deutschland
127 steht als Wissensgesellschaft im Zentrum eines weltweiten
128 Innovations- und Investitionswettbewerbs. Jede Standortpolitik
129 sollte deshalb das Ziel verfolgen, die Zukunftsfähigkeit und die
130 Wettbewerbskraft Deutschlands in Europa und in der Welt weiter zu
131 stärken und strategisch weiterzuentwickeln.

132 Die internationalen Kapital- und Finanzmärkte sind einer der
133 maßgeblichen Treiber für die Expansion grenzüberschreitender
134 Wirtschaftsaktivitäten. Dabei ist die Bedeutung und der Umfang
135 ausländischer Direktinvestitionen in der Weltwirtschaft in den
136 vergangenen Jahren stetig gewachsen. Die Europäische Union
137 profitiert mit einem Zufluss von über 300 Milliarden Euro pro Jahr -
138 das entspricht in etwa der Hälfte aller ausländischen Di-
139 rektinvestitionen weltweit - überproportional von dieser
140 Entwicklung. Das Interesse ausländischer Investoren bringt dem
141 Wirtschaftsstandort Deutschland willkommene und wichtige
142 Impulse. Ausländische Investitionen tragen dazu bei, den
143 Technologie- und Forschungsstandort Deutschland

144 weiterzuentwickeln, neue Produkt- oder Geschäftsideen zu
145 verwirklichen und Arbeitsplätze in Deutschland langfristig zu
146 sichern.

147 Während der Großteil dieser Investitionen seinen Ursprung immer
148 noch in den Industrieländern hat, so ist doch der Anteil der
149 Investitionen aus den Entwicklungs- und Schwellenländern seit
150 einigen Jahren stetig gestiegen. Die Konferenz der Vereinten
151 Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) schätzt diesen
152 Nettokapitalexport der Schwellen- und Entwicklungsländer auf
153 mittlerweile knapp 100 Milliarden Euro pro Jahr.

154 **III. 3 Vertrauen durch Transparenz – Impulse zum Umgang mit** 155 **strategischen Beteiligungen**

156 Transparenz ist die Grundlage für Vertrauen und notwendig für die
157 Beurteilung einer möglichen Schädlichkeit von
158 Unternehmensübernahmen- bzw. Beteiligungen. Alle Unternehmen
159 in Deutschland müssen in der Lage sein, eine größtmögliche
160 Transparenz über ihre Anteilseigner zu erzielen. Zur Transparenz
161 über die Eigentümerstrukturen gehört auch eine größtmögliche
162 Kenntnis eines Unternehmens über die Anteilseignerstruktur
163 ausländischer Investoren. Diese Kenntnis wird nur durch
164 internationale Vereinbarungen zu erreichen sein.

165 Die CDU setzt sich zur Verbesserung der Transparenz von
166 Kapitalströmen dafür ein, eine grundsätzliche Vereinheitlichung von
167 Offenlegungs- und Meldepflichten an den internationalen
168 Kapitalmärkten zu erreichen. Die Eigentümertransparenz, die für
169 deutsche Aktienunternehmen eingeführt wurde, kann Vorbild für
170 eine solche Vereinbarung sein. Wir setzen darauf, dass die im
171 Rahmen der G 8 aufgenommenen Gespräche über Transparenz im
172 Bereich der Hedge-Fonds und von Private-Equity zügig zu
173 Ergebnissen führen.

174 Neben den Investitionen aus dem Bereich des Private-Equity haben
175 zahlreiche Länder mittelbar Einfluss auf Unternehmen gewonnen
176 oder eigene Fondsgesellschaften ins Leben gerufen (Sovereign
177 Wealth Funds). Experten schätzen das gegenwärtige Volumen der
178 Staatsfonds auf über 2 Billionen Euro. Die vertrauensvolle
179 Zusammenarbeit Deutschlands mit ausländischen Investoren
180 möchten wir in Zukunft weiter vertiefen.

181 Erfolgreicher Wettbewerb beruht auf fairen und vergleichbaren
182 Ausgangsbedingungen und dem Wunsch nach möglichst hohen
183 wirtschaftlichen Renditen. Bei der Entscheidung, sich an einem
184 anderen Unternehmen zu beteiligen, sollten demzufolge immer
185 wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen. Werden nun z.B.
186 staatlich gelenkte Unternehmen oder Staaten selbst zu Investoren,
187 kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch andere Motive als
188 eine rein renditeorientierte Beteiligung eine Rolle spielen. Dies kann
189 beispielsweise ein Technologietransfer sein, oder aber strategisch-
190 politische Motive können eine Rolle spielen. Aus diesem Grund
191 haben viele Länder Richtlinien und Mechanismen entwickelt, um
192 sich vor der ungewollten Einflussnahme durch ausländische
193 Investoren zu schützen.

194 Deutschland ist ein wichtiger internationaler Kapitalmarkt. Eine
195 Kultur der Information, der Transparenz und der klaren
196 Verantwortlichkeiten auf Seiten aller Marktteilnehmer ist
197 Voraussetzung für das weitere Wachstum des deutschen und auch
198 des internationalen Kapitalmarkts. Alle Anbieter und Nachfrager
199 müssen die Möglichkeit erhalten, sowohl die Potentiale als auch die
200 Risiken ihrer Aktivitäten richtig einzuschätzen.

201 Die CDU stellt sich dieser Herausforderung. Wir wollen das
202 Vertrauen der Märkte in den freien Kapitalverkehr bewahren.
203 Gleichzeitig müssen wir unser Land vor Investitionen schützen, die

204 nationale Interessen verletzen. Wir setzen uns daher für folgende
205 vier Grundsätze ein:

206 1. Deutschland will und braucht ausländisches Kapital. Dies gilt für
207 Portfolioinvestments wie für ausländische Direktinvestitionen.
208 Das Bekenntnis zu offenen Märkten ist fundamental für unser
209 Wirtschaftsverständnis. Investitionen in Deutschland dürfen
210 nicht durch überbordende Bürokratie abgeschreckt werden.
211 Abwehrmaßnahmen müssen die absolute Ausnahme bleiben
212 und dürfen nicht die Regel werden.

213 2. Innerhalb der Europäischen Union gilt der Grundsatz der
214 Kapitalverkehrsfreiheit. Die Mitgliedsstaaten dürfen nach Art. 58
215 EG-Vertrag die Kapitalverkehrsfreiheit unter restriktiven
216 Bedingungen einschränken. Wir wollen diese Möglichkeit, von
217 der Deutschland bisher sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht
218 hat, stärker nutzen und eine Rechtsgrundlage in unserem
219 nationalen Recht dafür schaffen. Zum Schutz der „öffentlichen
220 Sicherheit“ oder der „strategischen Infrastruktur“ wollen wir
221 Beteiligungen an Unternehmen von über 25 Prozent
222 genehmigen, unter Auflagen genehmigen oder untersagen
223 können.

224 3. Außerhalb der Europäischen Union gilt der Grundsatz der
225 Kapitalverkehrsfreiheit in dieser Form nicht. Wir wollen daher
226 die Handlungsmöglichkeiten, die uns innerhalb der EU zur Ein-
227 schränkung des Kapitalverkehrs nach Artikel 58 EG-Vertrag
228 erlaubt sind, unter den gleichen Voraussetzungen auch
229 gegenüber Drittstaaten nutzen, so dass Beteiligungen aus
230 Ländern außerhalb der Europäischen Union genehmigt, unter
231 Auflagen genehmigt oder untersagt werden können.

232 4. Sowohl für Beteiligungen aus dem EU-Raum wie für
233 Beteiligungen aus Drittländern bedarf es eines Verfahrens,

234 welches sich durch möglichst geringen bürokratischen Aufwand
235 für die Investoren und deutschen Unternehmen auszeichnet.

236 Zentraler Ansatzpunkt für uns sind ausschließlich Beteiligungen,
237 die die „öffentliche Sicherheit“ oder „strategische Infrastruktur“
238 berühren und die eine Beteiligungsschranke von 25 Prozent
239 überschreiten.

240 Beteiligt sich ein Investor unmittelbar oder mittelbar durch
241 mehrere Beteiligungen an einem Unternehmen, so werden diese
242 Beteiligungen für Zwecke der Berechnung der
243 Beteiligungsschranke zusammengerechnet.

244 Die Kriterien, unter denen die „öffentliche Sicherheit“ oder
245 „strategische Infrastruktur“ betroffen sind, wollen wir im Dialog
246 mit der Wirtschaft entwickeln.

247 Wir vertreten daher folgendes Konzept:

248 – Ein Investor kann eine genehmigungsfähige Beteiligung
249 anzeigen und damit eine Genehmigung beantragen. Diese
250 Anzeigoption dient dem Investor dazu, möglichst schnell
251 Rechtssicherheit für seine Investition zu erreichen.

252 – Werden Beteiligungsabsichten angezeigt, muss sich der
253 Investor auf absolute Vertraulichkeit im Umgang mit diesen
254 Informationen verlassen können.

255 – Es wird eine maximale Entscheidungsfrist eingeführt. Eine
256 Nichtbefassung innerhalb dieses Korridors oder
257 Überschreitung dieser zeitlichen Vorgabe soll zu einer
258 automatischen Genehmigung des Investitionsvorhabens
259 führen. Die Frist muss so gesetzt werden, dass das Verfahren
260 rasch und international wettbewerbsfähig ausgestaltet wird.

261 – Beteiligungen können genehmigt, unter Auflagen genehmigt
262 oder untersagt werden. Sofern eine Beschränkung der
263 Investitionsfreiheit nötig ist, muss sie auf objektiven und
264 gerichtlich nachprüfbaren Kriterien beruhen. Einschränkungen
265 und Auflagen nach Erteilung einer Genehmigung sind nicht
266 zulässig.

267 – Bei Nicht-Anzeige einer Beteiligung kann innerhalb einer Frist
268 von 3 Jahren auf die Ausübung der Beteiligung Einfluss
269 genommen werden.

270 – Die Entscheidung über eine Genehmigung unter Auflagen bzw.
271 Untersagung einer Beteiligung soll innerhalb der
272 Bundesregierung getroffen werden.

273 Die Frage der strategischen Standortpolitik ist keine rein nationale
274 Herausforderung. Deshalb strebt die CDU auf Basis dieser
275 Vorschläge auch eine Lösung auf europäischer Ebene an.

276 **IV. Kräfte bündeln – Für einen transatlantischen Markt**

277 Europa und Nordamerika sollten Vorreiter auf dem Weg zu einer
278 globalen Ordnung für freien und fairen Wettbewerb sein. Uns
279 verbinden gemeinsame Wertvorstellungen, unsere politischen und
280 wirtschaftlichen Beziehungen sind historisch gewachsen und
281 robust.

282 Europa und Nordamerika haben es in der Hand, durch die
283 Verständigung auf gemeinsame Normen und Standards
284 entscheidende Impulse für eine Weltordnung mit menschlichem
285 Gesicht zu geben. Keine andere Wirtschaftsregion kann mittel- und
286 langfristig ohne eine intensive Kooperation mit dem europäisch-
287 nordamerikanischen Wirtschaftsraum erfolgreich sein.

288 Gemeinsam können wir auf unfaire Wettbewerbsbedingungen
289 gegenüber europäischen und nordamerikanischen Unternehmen
290 reagieren. Getrennt voneinander wird es in Zukunft hingegen immer
291 schwerer fallen, Interessen durchzusetzen. Die CDU setzt sich dafür
292 ein, Handelshemmnisse zu überwinden und langfristig einen
293 transatlantischen Markt zu schaffen. Wir glauben, dass wir so den
294 Bürgern dieser Länder Freiheit, Sicherheit und Wohlstand
295 garantieren können.